



Inhalt

[dbb Innovationspreis 2013: Ausschreibung gestartet+++](#)
[Russ: Bei konstruktivem Angebot schnelle Einigung möglich+++](#)
[Dauderstädt: Tarifiergebnis ohne Fortschritt bei der Lehrer-
Entgeltordnung nicht akzeptabel+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW warnt vor Antasten der Altersermäßigung: Angriff auf
Gesundheit der Lehrer+++](#)
[Thüringer Finanzminister signalisiert Wegfall des Eigenbehalts
für Beamte+++](#)
[DSTG-Chef besucht Bundesrechnungshof – Personalprobleme in
Finanzämtern aufgezeigt+++](#)
[DPVKOM fordert Entgelterhöhung von 6,5 Prozent für
Beschäftigte der Deutschen Post+++](#)
[Philologenverband fordert einheitliche Standards
für Promotionen+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Innovationspreis 2013: Ausschreibung gestartet

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat seinen diesjährigen Innovationspreis ausgeschrieben. Der Award, der mit 50.000 Euro zu den höchstdotierten Preisen in der Bundesrepublik Deutschland zählt, soll zum nunmehr dritten Mal Innovationen aus dem öffentlichen Dienst würdigen. „Wir wissen um das großartige Innovationspotenzial des öffentlichen Dienstes und den Einfallsreichtum seiner Beschäftigten. All dem eine verdiente und öffentlichkeitswirksame Plattform zu bieten, ist Ziel des dbb Innovationspreises“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Ausschreibungsstarts in Berlin. Der öffentliche Dienst müsse mit seinen Aufgaben wachsen – modern, innovativ und kreativ, so Dauderstädt. „Diesen Part schultern die Menschen, die in den Betrieben, Behörden und Verwaltungen arbeiten. Sie stecken voller guter Ideen, und die wollen wir fördern und als Vorbilder auszeichnen.“

Der dbb Innovationspreis wird in diesem Jahr erstmals im Rahmen des dbb akademie-Kongresses „neueVerwaltung“ am 5. Juni 2013 in Leipzig verliehen. Die größte Innovationsmesse für den öffentlichen Sektor im deutschsprachigen Raum steht unter dem Motto „Digitale Gesellschaft und Verwaltung“ und beschäftigt sich mit den Herausforderungen, die die moderne Informationstechnik für die Verwaltung bedeutet, die zugleich den demografischen Wandel, finanzielle Einschränkungen und wachsende Aufgaben in Einklang bringen muss. „Als preiswürdige Innovationen kommen Vorschläge in Betracht, die dieses Thema zum Gegenstand haben. Zudem sind Projekte willkommen, die neue Formen des Personalmanagements, etwa in Bezug auf familienfreundliches Arbeiten, zum Gegenstand haben, ebenso wie Beiträge zu neuen Formen des Verwaltungshandelns“, erläuterte der dbb Chef. Für den dbb Innovationspreis bewerben können sich sowohl Einzelpersonen als auch Teams und Institutionen innerhalb des deutschsprachigen Raums. Die Bewerbungsfrist endet am 15. April 2013.

Beurteilt werden die Einsendungen von einer hochkarätig besetzten Jury – bereits zugesagt haben als Juroren Stephanie Bschorr, Präsidentin des Verbands deutscher Unternehmerinnen (VdU), Dr. Johannes Ludewig, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats, Hartmut Möllring, langjähriger Finanzminister Niedersachsens, Prof. Dr. Tino Schuppan, Professor für Public Management und wissenschaftlicher Direktor am Institute for eGovernment (IfG.CC) in Potsdam, und der ehemalige Berliner Innensenator Dr. Eckart Werthebach. Preisträger der beiden vorangegangenen Wettbewerbsjahre waren der Prozessdatenbeschleuniger „P23R“ der Fraunhofer Gesellschaft (2012) und die 3D-Simulationssoftware „SAFER“ der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz (2011).

Mehr Informationen rund um den dbb Innovationspreis 2013 gibt es online unter www.dbb.de/innovationspreis. (01/06/13)

Russ: Bei konstruktivem Angebot schnelle Einigung möglich

(dbb) Vor der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder am 14. Februar 2013 in Potsdam hat der dbb Verhandlungsführer Willi Russ klargestellt, dass eine rasche Einigung am Verhandlungstisch möglich ist – vorausgesetzt, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) macht ein konstruktives Angebot.

Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 13. Februar 2013) sagte Russ: „Wenn die Arbeitgeber am Valentinstag keine Blumen überreichen, sondern ein konstruktives Angebot, rücken Streiks erst mal in weite Ferne.“ In der Problematik der von den Gewerkschaften geforderten Entgeltordnung für Lehrer habe es bereits positive Bewegung gegeben, fügte

Russ hinzu. „Diesen Worten müssen jetzt Taten der Arbeitgeberspitze folgen“, sagte er. „Wenn sich die Arbeitgeber aber nur als Urlaubsklauer betätigen und uns Freizeit im Gegenzug für Lohnerhöhungen streichen wollen, sagen wir klar Nein.“

Auch im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa hatte Russ die TdL zu einem konkreten Verhandlungsangebot aufgefordert. „Der dauernde Hinweis auf die Haushaltslage der Länder reicht nicht“, sagte der dbb Verhandlungsführer am 12. Februar in Berlin. „Hier geht es

nämlich genauso um die Haushaltslage der Krankenschwester in einer Universitätsklinik: Der können Sie nicht erklären, warum sie für die gleiche Arbeit weniger verdienen soll als die Kollegin im städtischen Krankenhaus auf der anderen Straßenseite.“
(02/16/13)

Dauderstädt: Tarifergebnis ohne Fortschritt bei der Lehrer-Entgeltordnung nicht akzeptabel

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat erneut deutlich gemacht, dass die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte für die beteiligten Gewerkschaften ein zentrales Thema bei der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder ist. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir eine Tarifeinigung in 2013 akzeptieren können, ohne dass zum Thema Lehrer-Entgeltordnung ein konkreter Fortschritt erzielt wird“, sagte der dbb Chef der „Neuen Sächsischen Lehrerzeitung“ (Ausgabe 1/2013). „Es kann nicht sein, dass die Lehrerbezahlung willkürlich durch Arbeitgeberrichtlinien – in einem Land so, in dem anderen so – gehandhabt wird.“

Die Person des Verhandlungsführers bei den Gesprächen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sei nicht entscheidend, so Dauderstädt, denn „Jens Bullerjahn gilt ähnlich wie sein Vorgänger Hartmut Möllring eher als harter Knochen am Verhandlungstisch“. Schwieriger sei „eher die Gesamtzusammensetzung der TdL-Kommission. Der gehört auch noch der sächsische Finanzminister sowie die Finanzsenatorin aus Bremen an. Insgesamt ist es ein Signal, dass man nicht die starken Länder schickt, sondern die Vertreter von finanzschwächeren Ländern.“ Daher sei es fraglich,

ob es in den drei angesetzten Verhandlungsrunden zu einem Ergebnis komme.

Als „Erfolgsmodell“ sieht der dbb Chef weiterhin die Kooperation zwischen dbb und ver.di bei den Tarifverhandlungen. Diese habe „bewiesen, dass rivalisierende Gewerkschaften im selben Sektor – sprich öffentlicher Dienst – durch Kooperation zu gemeinsamen Forderungsfindungen und Abschlüssen kommen können – im Schulterschluss gegenüber dem Arbeitgeber und der Politik.“
(03/06/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW warnt vor Antasten der Altersermäßigung: Angriff auf Gesundheit der Lehrer

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und seine Parteifreunde im Landtag davor gewarnt, Gedankenspiele über die Abschaffung der Altersermäßigung für Lehrerinnen und Lehrer weiter zu verfolgen. Der BBW werde alle Register ziehen, um ein solches Vorhaben zu verhindern, erklärte BBW-Chef Volker Stich am 8. Februar 2013 in Stuttgart.

Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, reagierte im höchsten Maße verärgert auf diese neuen Sparüberlegungen. „Folgt nach dem Griff ins Portemonnaie der Beamten jetzt der Angriff auf die Gesundheit der Lehrer“, fragte er Grün-Rot. Der BBW und seine Lehrerverbände seien empört, dass Kret-

schmann angeblich in der Altersermäßigung „keinen Sinn“ sieht. Gemeinsam und aus gutem Grunde habe man sich schließlich diese Arbeitsschutzmaßnahme erkämpft, die dazu beitrage, dass mehr Lehrer bis zur Pensionsgrenze im Beruf bleiben und nicht krank vorher aufgeben müssen.

(04/16/13)

Thüringer Finanzminister signalisiert Wegfall des Eigenbehalts für Beamte

(dbb) Thüringens Finanzminister Wolfgang Voß hat in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes tbb, Helmut Liebermann, am 7. Februar 2013 eine mögliche Streichung des Eigenbehaltes je Rechnungsbeleg für Beamte in der Beihilfe signalisiert. Damit reagierte Voß in Abstimmung mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht „entgegenkommend auf die bereits Ende 2012 erhobene Forderung des tbb“, wie der Landesbund erklärte.

Liebermann hatte in dem Gespräch nochmals betont: „Wenn nach der Einführung der Praxisgebühr im Jahr 2004 eine Übertragung zu Lasten der Beamten mit der Forderung nach einer ‚Gleichbehandlung aller privaten Haushalte‘ begründet wurde, dann muss dieses Argument selbstverständlich auch zu Gunsten der Beamten gelten, wenn diese Gebühr im Be-

reich der gesetzlichen Krankenkassen nun entfallen ist.“

Voß signalisierte, dass er eine wirkungsgleiche Reduzierung der Eigenbehalte auf den Weg bringen wolle und zeitnah dem Kabinett einen Vorschlag zur Änderung der Thüringer Beihilfeverordnung vorlegen werde.

(05/16/13)

DSTG-Chef besucht Bundesrechnungshof – Personalprobleme in Finanzämtern aufgezeigt

(dbb) Zu einem intensiven Meinungsaustausch hat sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, am 5. Februar 2013 in Bonn mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofs (BRH), Dieter Engels, sowie mit dem Vizepräsidenten, Christian Ahrendt, getroffen.

Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, würdigte in dem Gespräch den hohen Stellenwert des BRH als unabhängige Prüfungsbehörde des Bundes. Er bewertete es als sehr positiv, dass es der Prüfungsbehörde immer weniger darum gehe, der Bearbeitung von Einzelfällen nachzujagen. Stattdessen kümmere sich der BRH vor allem um strukturelle Mängel staatlicher Haushaltsführung. Dies gelte vor allem auch auf dem steuerlichen Sektor.

Der DSTG-Bundesvorsitzende begrüßte in diesem Zusammenhang die jüngsten Berichte zur Situation in der Arbeitnehmerveranlagung sowie zum Vollzug der Umsatzsteuer. Während sich der Bericht zur Arbeitnehmerveranlagung vor allem mit den Defiziten beim Risikomanagement und den damit verbundenen Steuerausfällen beschäftigte, geht es im Bericht vom 16. Januar 2013 um politische Defizite und Versäumnisse beim Vollzug der Umsatzsteuer. Unter dem Titel „Chancen zur Sicherung des Umsatzsteueraufkommens“ werden darin Vorschläge zur verbesserten Umsetzung wichtiger Reformvorhaben bei der Umsatzsteuer formu-

liert. Der Bericht wurde vom Präsidenten in seiner Funktion als „Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung“ verfasst und bekommt dadurch besonderes Gewicht.

Gegenüber der Spitze des Bundesrechnungshofs machte Eigenthaler darüber hinaus deutlich, dass die Finanzämter in der Bundesrepublik massiv mit demografischen Problemen zu kämpfen haben. Es stünden Altersabgänge in hohem Ausmaß bevor. Nach Einschätzung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft sei völlig unklar, wie diese Lücken zu schließen sind. Die Altersabgänge hätten zudem einen großen Aderlass an steuerlichem Knowhow zur Folge. Leider erkenne die Politik in den Ländern dieses Problem in seiner ganzen Dimension noch nicht, so der DSTG-Chef.

(06/16/13)

DPVKOM fordert Entgelterhöhung von 6,5 Prozent für Beschäftigte der Deutschen Post

(dbb) Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) geht mit einer Entgeltforderung von 6,5 Prozent in die voraussichtlich im Frühjahr beginnenden Tarifverhandlungen für die rund 125.000 Arbeitnehmer und Auszubildenden der Deutschen Post. Dabei soll die Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrages zwölf Monate betragen. Der bisherige Tarifvertrag endet am 31. März 2013. Die Forderungen hatte der Bundesvorstand der DPVKOM am 7. Februar 2013 einstimmig beschlossen.

„Die Beschäftigten der Deutschen Post haben durch ihre hervorragende Arbeit in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass das Unternehmen kerngesund ist und seine Ergebnisprognose für das Jahr 2012 vor wenigen Monaten abermals anheben konnte. Insbesondere das Paketgeschäft brummt. So erwartet die Deutsche Post für das zurückliegende Geschäftsjahr einen Konzerngewinn vor Zinsen und Steuern von 2,5 bis 2,7 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund ist unsere Entgeltforderung absolut gerechtfertigt“, sagte der DPVKOM-

Bundesvorsitzende Volker Geyer. Die Deutsche Post müsse die Arbeit ihrer Beschäftigten finanziell deutlich besser honorieren. Geyer: „Wenn das Unternehmen den Anspruch verfolgt, als Arbeitgeber erste Wahl zu sein, dann muss es seine Mitarbeiter auch gut bezahlen. Ein Lob des Arbeitgebers für ihren Einsatz hören die Beschäftigten sicherlich gerne, davon können sie sich im wahrsten Sinne des Wortes aber nichts kaufen.“
(07/16/13)

Philologenverband fordert einheitliche Standards für Promotionen

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat vor dem Hintergrund der Plagiatsaffäre um Bildungsministerin Annette Schavan bundesweite Standards für Examen und Promotionen an Universitäten gefordert. Der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger verwies am 7. Februar 2013 darauf, dass für Schulabschlüsse in den vergangenen Jahren Bildungsstandards eingeführt worden seien, die regelmäßig überprüft würden. An den Unis dagegen begutachteten die Akkreditierungsagenturen nur die Qualität der Studiengänge, nicht aber die der Abschlüsse.

„Es ist höchste Zeit, dass die Überprüfung von Examen und Promotionen den einzelnen Universitäten entzogen und an ein zentrales und unabhängiges Gremium delegiert wird“, sagte Meidinger. „Nur so kann verhindert werden, dass Verfahrensfehler, diffuse und auseinanderdriftende Bewertungsmaßstäbe und politische Einflussnahmen die Objektivität des

Überprüfungsverfahrens gefährden.“ Schließlich sei bei der Überprüfung von Fehlverhalten auch immer die jeweilige Universität betroffen und damit auch immer befangen, denn es gehe auch um das mögliche Versagen der für Examen und Promotionen zuständigen Gremien, argumentierte Meidinger.
(08/16/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 5. Februar 2013 hat das Vereinsregister Berlin-Charlottenburg den von dbb und dbb tarifunion beschlossenen Verschmelzungsvertrag eingetragen. Damit ist das Ziel der Gewerkschaftstage vom November 2012, die tarifunion in den dbb vollständig zu integrieren, auch formell vollzogen. Die rechtliche

Eigenständigkeit der dbb tarifunion ist gleichzeitig erloschen, die Gesamtrechtsnachfolge liegt beim dbb. Der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** erklärte dazu in Berlin: „Damit haben wir unseren langjährigen Auftrag zur Integration und Stärkung des dbb auch juristisch voll umgesetzt. Wir werden unsere

Kernkompetenz als Beamtenvertretung ausbauen und die neue Tariffähigkeit des dbb kraftvoll zur Geltung bringen.“

Der Bundesrat hat am 1. Februar 2013 über verschiedene Steuergesetze abschließend entschieden. Betroffen sind davon unter anderem die Reisekostensätze und der Grundfreibetrag für das verfassungsrechtliche Existenzminimum. Der **dbb** hatte bezüglich der Reiskosten im Vorfeld kritisiert, dass die Sätze seit Jahren nicht mehr an die Preisentwicklung angepasst wurden. Das Bundesfinanzministerium lehnt diese Anpassung aber weiterhin ab. Jedoch entfällt ab 2014 die erste von bisher drei Stufen, nach der Arbeitnehmer sich bei einer Abwesenheit von mindestens 8 Stunden pauschal sechs Euro von ihrem Arbeitgeber steuerfrei erstatten lassen konnten. Zukünftig soll es nur noch zwei Stufen geben: Bei einer Abwesenheit zwischen 8 und 24 Stunden gilt eine Pauschale von 12 Euro und bei 24 Stunden plus Übernachtung eine von 24 Euro. Die 12 Euro werden zudem für An- und Abreisetage gewährt. Da das Reisekostenrecht der Beamten einen Verweis auf die steuerrechtlichen Regelungen beinhaltet ist davon auszugehen, dass es auch hier ab dem 1. Januar 2014 zu Anpassungen kommen wird. Bezüglich des Grundfreibetrags für das verfassungsrechtlich gebotene Existenzminimum erzielten Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss: Für das Jahr 2013 beträgt der Grundfreibetrag 8.130 Euro, ab 2014 erhöht er sich auf 8.354 Euro (Zum Vergleich: 2012 lag der Grundfreibetrag bei 8.004 Euro). Es bleibt aber in den Jahren 2013 und 2014 jeweils beim Eingangssteuersatz von 14 Prozent. Über die ursprünglich vorgesehene Anpassung des gesamten Tarifverlaufs, die den Effekt der kalten Progression beschränken sollte, wurde keine Einigkeit erzielt.

Als „historischen Tag für die Bildung in Mecklenburg-Vorpommern“ hat der Landesvorsitzende des dbb **Dietmar Knecht** die vorzeitige Beendigung des Lehrpersonalkonzeptes am 7. Februar 2013 bezeichnet. Knecht erinnerte daran, dass der dbb mecklenburg-vorpommern und seine Lehrerverbände 1995 aus solidarischen Gesichtspunkten das Lehrpersonalkonzept mit getragen habe. Es sah angesichts der zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen

vor, den erforderlichen Stellenabbau sozialverträglich und mit dem Ziel durchzuführen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Bereits damals wurde die Rückkehr zur Vollbeschäftigung angestrebt. „Lehrerinnen und Lehrer unseres Landes haben durch die auferlegte Teilzeit erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, die noch bis in die Rente hineinwirken werden“, sagte Knecht. „Im Kontext mit der Bildungsinitiative der Landesregierung ist es nur folgerichtig, hier vorzeitig einen Schlussstrich zu ziehen.“

Der Landesvorsitzende des DBB NRW **Meinolf Guntermann** hat sich am 6. Februar 2013 mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dr. Marcus Optendrenk zu einem Gespräch getroffen, das zugleich der Auftakt zu einem regelmäßigen Meinungsaustausch sein soll. Guntermann erinnerte mit Blick auf die Vergangenheit daran, dass während der 14. Legislaturperiode der DBB NRW und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst überwiegend vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Vor allem die CDU-Fraktion habe die Kompetenzen des DBB in Düsseldorf nicht abgerufen. Guntermann verwies auf die von Seiten der Politik genannte Zahl von 12.000 einzusparenden Stellen im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens und forderte die CDU-Fraktion auf, die Eckpunkte oder Grundsätze der zukünftigen Personalhaushalte zu benennen. Für das nächste Gespräch wurden die Themen Dienstrecht und Demografischer Wandel vereinbart.

Die Vorschläge des Bundesrechnungshofs (BRH) für Einsparungen im Bundeshaushalt durch den deutlichen Abbau von Verfassungsschutzaufgaben sind bei der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) auf Widerspruch gestoßen. DPolG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** bezeichnete die Überlegungen am 11. Februar 2013 als „sicherheitspolitisch gefährlichen Unfug“. Angesichts der Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus und rechtsterroristische Bestrebungen „wäre es fatal, wenn Sicherheitspolitik in Deutschland von Bürokraten gestaltet wird, die von der Sache nichts verstehen“, so Wendt. Der BRH hatte unter anderem eine Konzentration der Verfassungsschutzaufgaben vorgeschlagen. (09/06/13)